



Corona-Newsletter II | 19. März 2020

Von der Berliner Senatsverwaltung bis zur EZB – alle schnüren jetzt in Eile große Finanzhilfen, um den Unternehmen in Europa über die absehbar fatalen Folgen dieser Krise hinweg zu helfen.

Die Bundesregierung rechnet nach einem aktuellen Bericht des Arbeitsministeriums mit ca. 2,35 Millionen Beschäftigten, die in Kürze Kurzarbeitergeld beziehen werden. Aus der Wirtschaft gibt es Einschätzungen, dass die Zahl schon Ostern deutlich höher liegen kann. Mit Kurzarbeitergeld, Steuerstundungen, Liquiditätskrediten und Hilfgeldern für Selbständige existiert jetzt vieler Orten ein Maßnahmenpaket für schnelle Hilfe. Aber: Es mehren sich Anzeichen, dass Server für die Anträge zusammenbrechen, das Personal in der Verwaltung für die Antragsbearbeitungen kaum nachkommt, insbesondere aber die Prüfung der Liquiditätskredite zu langwierig ist. So wird hinter den Kulissen in beiden Regierungsparteien bereits über die Aussetzung der Antragsprüfung nachgedacht, um sicherzustellen, dass das Geld in den kommenden Wochen schnell ankommt.

Während also die Politik in der kommenden Woche nachjustieren wird, beginnt in vielen Unternehmen erst die Schadensanalyse. Die Vielzahl der unterschiedlichen Probleme führen in vielen Unternehmen zu parallelen Feuerlöschaktionen. Aktuell zeigt sich, dass in vielen Unternehmen seit Mitte dieser Woche die Bestandsaufnahme beginnt, wo jenseits der akuten Fragen des bereits formulierten Schutzschirms Folgen der Corona Krise zu spüren sind, um gegebenenfalls erforderliche politische Hilfe einzufordern. Das reicht von Lieferengpässen, über fehlendes Personal auf Baustellen, weil Anrainerstaaten diese nicht mehr nach Deutschland einreisen lassen, bis zu ablaufenden Fristen in behördlichen oder Genehmigungsverfahren. Alles Punkte, die die bisherigen Rettungspakete nicht behandeln.

Ab kommender Woche wird sich der Bundestag mit diesen Fragen beschäftigen und diese Sitzungswoche für Sitzungswoche entlang erforderlicher Priorisierungen abarbeiten können.

Aber auch intern stehen viele Unternehmen vor schwierigen Herausforderungen: Homeoffice ist schnell angeordnet, Kurzarbeit rasch beantragt. Aber was bedeutet das für die Belegschaft, wenn ein Teil aus dem geschützten Homeoffice arbeiten kann, während der andere Teil in der Produktion stehen und dort mit FFP3 Masken arbeiten muss? Was bedeutet es für eine Belegschaft, wenn ein Teil unter Umständen in vollumfängliche Kurzarbeit muss, während ein anderer Teil ohne Gehaltsverlust durcharbeiten darf? Das sind weitaus komplexe Fragestellungen für die Kommunikation, die Zeit sich darauf vorzubereiten, fehlt allerdings.

Bei all den Unwägbarkeiten dieser Krise beruhigt es doch, wenn bekannte Meldungen eine Routine geben: Die Eröffnung des neuen Berliner Flughafen BER im Oktober steht – auf der Kippe ([Tagesspiegel](#)).

Damit und weiteren Meldungen des Tages verbleiben wir mit den besten Grüßen

Johanssen+Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH

Redaktion: Clara Ruthardt, Leon Kallus, Jonas Rautenberg, Anne-Sophie Federspiel, Astrid Kemper, Vera Weidmann



Die Zeit der Corona-Krise erfordert schnelle politische Entscheidungen. Doch muss auch der Bundestag der Krise Tribut zollen und soll in der kommenden Woche nur so wenig wie möglich tagen. Beschlossen werden soll ein "Corona-Paket" mit umfassenden Hilfsmaßnahmen. Schon heute haben die Finanzminister von Bund und Ländern ein steuerliches Hilfspaket zur Unterstützung der finanziell Betroffenen in Kraft gesetzt.

Die größte deutsche Airline steht vor gewaltigen Herausforderungen: Lufthansa muss 95 % seiner Flüge streichen, will aber alle Mitarbeiter durch Kurzarbeitergeld an Bord behalten. Andere Branchen, etwa die Logistik auf der Schiene könnten hingegen von der Krise sogar profitieren.

Der Begriff Homeoffice ist in Deutschland in aller Munde: Das BSI erklärt jetzt, wie die Arbeit am eigenen Schreibtisch sicher bleibt und etwa sensible Daten geschützt werden können.



Ablauf der kommenden Parlamentswoche noch unklar

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise soll das „Plenargeschehen auf das unbedingt notwendige Minimum“ beschränkt werden. Der Zeitplan für die Sitzungswoche soll wie folgt aussehen: Am Montag soll das Bundeskabinett zu einer Sondersitzung zusammenkommen, am Dienstag könnten dann die Fraktionen und am Mittwochvormittag die Ausschüsse tagen. Der Ausschuss für Inneres und Heimat indes wurde bereits abgesagt. Mittwochnachmittag und - falls notwendig - auch Donnerstag und Freitag fänden dann die Beratungen im Plenum statt.

Aus Kreisen der Länder heißt es, Teil des „Corona-PaketsD“ könnten unter anderem die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und ein Nothilfe-Fonds für Soloselbstständige sein. Zudem soll § 56 Infektionsschutzgesetz (IfSG), der die Entschädigung bei Schließung eines Betriebes aufgrund einer Aufforderung der zuständigen Gesundheitsbehörde regelt, um Kitas und Schulen erweitert werden. (JK)

Steuerliche Hilfen in der Corona-Krise

Die Finanzministerien des Bundes und der Länder haben gemeinsam ein steuerliches Hilfspaket zur Unterstützung der durch die Corona-Pandemie finanziell Betroffenen in Kraft gesetzt. Das Hilfspaket sieht vor, dass Steuerpflichtige bis Ende des Jahres Anträge auf Anpassung der Vorauszahlungen sowie Steuerstundung stellen können. Stundungen können dabei auch zinsfrei ausgesprochen werden. Zugleich soll bei den Betroffenen von Vollstreckungsmaßnahmen abgesehen und auf die Erhebung von Säumniszuschlägen verzichtet werden. Die Finanzämter werden außerdem bei der Nachprüfung der Voraussetzungen keine strengen Anforderungen stellen. (BMF)

BSI gibt Tipps für sicheres Arbeiten im Homeoffice heraus

Auch am Heimarbeitsplatz gilt grundsätzlich, dass dasselbe Sicherheitsniveau wie am Büroarbeitsplatz notwendig ist. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat angesichts der Coronakrise eine Kurzanleitung für sicheres Arbeiten im Homeoffice veröffentlicht. So müsse auch zu Hause darauf geachtet werden, dass keine sensiblen Informationen von Dritten eingesehen werden

können und Sensibilität geschaffen werden für den Anstieg von Phishing-Mails, die versuchen sensible Daten abzugreifen. ([BSI](#))

Das DVG – Zu spät für Corona?

Im November 2019 wurde im Bundestag das DVG, das Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation, beschlossen. Viel zu spät, wie sich jetzt durch die Folgen des Coronavirus herausstellt. Wie sehr die Bundesregierung bei der Digitalisierung des deutschen Gesundheitssystems hinterherhinkt, zeigt der Digital-Health-Index der Bertelsmann-Stiftung, in welchem der Digitalisierungsstand von insgesamt 17 EU- und OECD-Ländern verglichen wird. Deutschland landete hier gerade einmal auf Platz 16 – und gehört damit zu den Schlusslichtern hinter Ländern wie Israel, Portugal oder Italien. ([t3n.de](#))



Reisewirtschaft lobbyiert für Änderung der Stornoregelungen

Der Deutsche Reiseverband fordert sofortige Änderungen der Stornoregelungen von Reisen. Der Verband fordert den Bundestag unter anderem mit einer weitreichenden Mailingaktion dazu auf – angelehnt an Lösungen in Italien und Belgien – einen Auffangschirm für nicht angetretene oder antretbare Reisen zu übernehmen und die Reisebüros zu entschädigen und darüber hinaus die Option einzuräumen, statt einer Barauszahlung eine Reisegutschrift auszuhändigen, die ein Jahr gültig ist. ([DRV Website](#))

Lufthansa in der Krise

Die Lufthansa will Kurzarbeitergeld beantragen: Die Fluggesellschaft Lufthansa setzt auf Kurzarbeit, um die Einbußen durch die Corona-Krise einzudämmen. Für 31.000 Mitarbeiter der Lufthansa AG sei diese bereits beantragt worden, erklärte Konzernchef Carsten Spohr.

Das Unternehmen kündigte zudem an, beim Kurzarbeitergeld möglichst wenig an Zuschüssen oberhalb der vom Bund getragenen Sozialleistungen zahlen zu wollen. Die Airline strebe an, alle 140.000 Mitarbeiter halten zu wollen, begründete Spohr die Entscheidung. Die Lufthansa organisiert derzeit Rückholflüge für Deutsche, die im Ausland feststecken. Trotzdem finden nach Angaben von Spohr bis zum 19. April **nur fünf Prozent der geplanten Flüge** statt. Rund 700 von 763 Flugzeugen des Konzerns sollen damit vorläufig am Boden bleiben. ([Handelsblatt](#))

Deutsche Wirtschaft auf dem Weg in die Rezession

Der Ifo-Geschäftsklimaindex sank in diesem Monat auf 87,7 Punkte. Im Februar hatte er 96,0 Punkte erreicht, wie das Münchner Ifo-Institut nach vorläufigen Ergebnissen zu seiner Umfrage unter rund 9000 Managern mitteilte. Bei größeren Produktionseinschränkungen sei ein **Einbruch der Wirtschaftsleistung um sechs Prozent denkbar**, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Wenn es nicht ganz so schlimm werde, könne das Minus bei nur 1,5 Prozent liegen. Dies ist der stärkste Rückgang seit 1991 und der niedrigste Wert seit August 2009. "**Die deutsche Wirtschaft stürzt in die Rezession**", so Fuest. ([ARD-Börse](#))

Logistik in Zeiten von Corona

Die Deutsche Bahn könnte zum Retter der Supermärkte werden. Weil sich die Lkw durch die verschärften Grenzkontrollen an den inner- und außereuropäischen Grenzen stauen, hat der Staatskonzern zu Wochenstart eine „telefonische Hotline für potenzielle Neukunden“ geschaltet.

Diese Neukunden sind vor allem: Einzelhändler und Konsumgüterhersteller. Die laut der Deutschen Bahn „zusätzlichen Kapazitäten“ der Bahntochter DB Cargo dürften wohl genutzt werden. Der Staatskonzern bietet seine **Güterzüge als Alternative zum grenzüberschreitenden Lkw-Transport an**. „Wir fahren alles, was die Kunden wollen“, lässt sich Güterverkehrschefin Sigrid Nikutta zitieren. Die aktuelle Situation könnte eine Chance für die defizitäre Bahn-Tochter DB Cargo sein. ([Handelsblatt](#))



LAGE GLOBAL

Während Unternehmen global zunehmend die Folgen des Coronavirus zu spüren bekommen, versuchen Regierungen weltweit die negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft mit Hilfspaketen abzufedern. Deutlich zu erkennen ist eine zunehmende internationale Kooperation, um diese Krise zu bewältigen. Vor allem US-amerikanische Technologiekonzerne nutzen die Gelegenheit ihre Marktstellung im Bereich Digitaler Infrastruktur auszubauen. Auch andere Industrieproduktionen versuchen ihre Kapazitäten zu nutzen und auf benötigte Produkte umzuschwenken.



POLITIK



EU-Kommission beschließt rescEU stockpile

Die EU-Kommission legt eine Notfallreserve an medizinischer Ausrüstung wie Beatmungsgeräte und Schutzmasken an. Und wie wird die Notfallreserve umgesetzt?

- Ein oder mehrere Mitgliedstaaten sind für die Beschaffung und Lagerung der Ausrüstung zuständig.
- Die Kommission finanziert 90 % der zusätzlichen Kosten.
- Das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen koordiniert die Verteilung der Ausrüstung.
- Das EU-Budget für diese Maßnahme beträgt zunächst 50 Mio. EUR. Davon müssen 40 Mio. EUR von der Haushaltsbehörde genehmigt werden. ([Europäische Kommission](#))

USA: Zuwanderer und Schutzsuchende in einer sensiblen Gefährdungslage

In den USA wollen sich Zuwanderer aus Angst vor Abschiebungen oder Nachteilen bei der Bewerbung auf eine Green Card nicht testen lassen oder ärztliche Hilfe aufsuchen. ([The New York Times](#)) Die Internationale Organisation für Migration (IOM) verweist auf die besondere Verwundbarkeit von Zuwanderern durch die Auswirkungen einer Quarantäne auf Branchen, in denen viele von ihnen arbeiten: Nahrungsmittelindustrie, Gastronomie, Pflege, Baugewerbe. ([UN News](#))

China bietet strauchelnden Staaten Unterstützung an

In China scheinen die staatlichen Maßnahmen zu greifen. Seit Tagen geht die Zahl der Neuinfektionen zurück und gestern wurde zum ersten Mal seit dem Ausbruch keine lokale Neuinfektion mehr gemeldet. Nun will die Volksrepublik stark betroffene Länder mit Knowhow und Ausrüstung unterstützen. Xi Jinping versprach Italien, medizinische Experten zu schicken. Die Philippinen erhielten 2.000 Schnelltests. Auch der serbische Präsident, enttäuscht von der bisherigen Reaktion seitens Europas, wandte sich dem chinesischen Hilfsangebot zu. ([The New York Times / The Guardian](#))



EZB kündigt Notfallprogramm über 750 Mrd. Euro an

Die Europäische Zentralbank will die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abfedern und kündigt dafür ein Hunderte Milliarden schweres Notkaufprogramm mit Spielraum nach oben an. Mit neuen umfassenden Anleihekäufen stemmt sich die EZB gegen die immer größeren wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie. Das Notfallprogramm habe einen Umfang von 750 Milliarden Euro und solle bis Ende 2020 laufen, teilte die Euro-Notenbank mit. ([EZB](#))

GM und Ford prüfen Produktion von Beatmungsgeräten

Die beiden größten US-Autobauer General Motors und Ford prüfen im Kampf gegen die Coronavirus-Krise die Herstellung von medizinischen Geräten. Laut eines Statements in US-Medien wurden bereits Gespräche mit der Regierung in den Vereinigten Staaten und auch in Großbritannien geführt. Zuvor hatten allerdings sowohl GM als auch Ford vorübergehende Produktionsstopps in Nordamerika aufgrund der Coronakrise angekündigt. Die Bänder sollen in den USA, Kanada und Mexiko zunächst bis zum 30. März stillstehen. ([Manager Magazin](#))

Einbruch chinesischer Wirtschaft veröffentlicht

Der Kampf gegen das Coronavirus hat der chinesischen Wirtschaft einen schweren Schlag versetzt. Das Pekinger Statistikamt veröffentlichte eine Reihe wichtiger Konjunkturdaten, die teilweise einen nie da gewesenen Einbruch zeigen. So ging die Industrieproduktion im Januar und Februar im Vergleich zu den ersten beiden Monaten des Vorjahres um 13,5 Prozent zurück - der stärkste bislang gemessene Einbruch. Mit einem Minus von 20,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sackte auch der Umsatz im Einzelhandel deutlich ab. Auch die Investitionen in Industrieanlagen brachen um 24,5 Prozent ein. ([Süddeutsche Zeitung](#))

Facebook investiert eine Million US-Dollar in Fact Checker

Facebook gibt bekannt, sich mit dem internationalen Fact-Checking Network (IFCN) von Poynter zusammengeschlossen haben, um ein Zuschussprogramm in Höhe von 1 Mio. USD zur Unterstützung von Faktenprüfern bei ihrer Arbeit im Zusammenhang mit COVID-19 zu starten. Da die Überprüfung von Inhalten in sozialen Netzwerken sonst in großen Büros stattfindet, doch diese aktuell leer stehen, müsse nun vor allem auf KI umgeschwenkt werden, die überprüft werden muss. ([OnlineMarketing.de](#))



Bundeshaushalt 2021

Die Bundesregierung beschließt die Eckpunkte der Haushaltsplanung für 2021 und will darin weiter an der schwarzen Null festhalten. Finanzminister Scholz plant mit einem Haushaltsvolumen von 370 Milliarden Euro. Die Auswirkungen des Coronavirus sind allerdings bislang nicht berücksichtigt. ([BMF](#))

Erste Urteilssprechungen zu Cum-Ex-Börsengeschäften

Das Landgericht Bonn hat am Mittwochabend die ersten Urteile im Zusammenhang mit Cum-Ex-Börsengeschäften gesprochen. Die beiden Angeklagten waren als Investmentbanker in den

Steuerskandal verstrickt und wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Durch Cum-Ex-Geschäfte soll es allein in Deutschland zu einem Steuerschaden von 10 Milliarden Euro gekommen sein. (SZ)

Mangelnde Nachfrage und Preiskampf am Ölmarkt

Rohölpreise sinken weiter und erreichten am Mittwoch Tiefstwerte die zuletzt 2003 gezahlt wurden. Seit Anfang März belastet ein Preiskrieg der wichtigen Ölstaaten Saudi-Arabien und Russland den Markt. Nun hemmt die durch Corona drohende Rezession den Verbrauch zusätzlich. (Handelsblatt)

Post-Brexit Zusammenarbeit

Am Mittwoch veröffentlichte die Europäische Kommission den Entwurf eines Rechtsabkommens zur zukünftigen Zusammenarbeit zwischen der EU und Großbritannien. Die Kommission handelt damit auf Grundlage der Verhandlungsrichtlinien der Mitgliedsstaaten sowie bisherigen Vereinbarungen der Verhandlungspartner. (EU Kommission)

Verbot einer Reichsbürger-Gruppierung

Bundesinnenminister Seehofer geht mit Verboten und Razzien gegen eine Teilgruppe der deutschen Reichsbürgerszene vor. Mitglieder der Gruppierung "Geeinte deutsche Völker und Stämme" sind in der Vergangenheit wiederholt durch rassistische und antisemitische Äußerungen aufgefallen. (BMI)

Geschäftsführer des Zeitschriftenverbands kritisiert E-Privacy

Stephan Scherzer vom Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) begrüßt ein gesundes Gleichgewicht zwischen dem Privacy-Interesse privater Nutzer und den Geschäftsinteressen der Unternehmen wie es durch die DSGVO gegeben ist. Die neue E-Privacy-Richtlinie dagegen sei ein Schritt zu weit und könnte die Dominanz von Marktgrößen wie Facebook, Google und Amazon weiter stärken. (Horizont)